

Antrag der Fraktion der CDU

Arbeit der Tagesmütter wertschätzen – pünktliche Bezahlung endlich sicherstellen!

Der Status der Kindertagespflege als alternative Betreuungsform zur Förderung und Betreuung von Kindern in Tageseinrichtungen ist 2005 deutlich aufgewertet worden. Die Tagespflege gilt seitdem als eine, einer institutionellen Kinderbetreuung gleichrangige Form der Betreuung und hat sich zunehmend professionalisiert. Rund 1 000 Kinder werden derzeit in Bremen durch Kindertagespflegepersonen betreut. Im Kontext des umzusetzenden Rechtsanspruches auf Betreuung für Kinder unter drei Jahren ab dem 1. August 2013 spielt die Kindertagespflege eine wichtige Rolle.

In der Stadtgemeinde Bremen ist mindestens seit dem Frühjahr 2007 bekannt, dass Tagespflegepersonen in der Regel nicht pünktlich bezahlt werden. Zuletzt debatierte die Stadtbürgerschaft am 4. November 2008 auf Antrag der CDU-Bürgerschaftsfraktion (Drs. 17/251 S) zu diesem Thema. Eine schnelle Besserung der Situation wurde damals vom Senat in Aussicht gestellt. Allerdings ist seit vier Jahren nicht viel geschehen: Gerade für alleinstehende Tagespflegepersonen bedeutet die schleppende Antragsbearbeitung eine Gefährdung der eigenen Existenz. Immer wieder beklagen die Tagesmütter und Tagesväter die Geringschätzung ihrer Arbeit, die sie seitens des Sozialressorts und der Sozialzentren erfahren.

Vor dem Hintergrund der finanziellen Probleme, vor denen Betroffene stehen, und den Herausforderungen, die der Ausbau der Kindertagesbetreuung an die Stadtgemeinde Bremen stellt, ist dieser Zustand nicht länger hinnehmbar.

Die Stadtbürgerschaft möge beschließen:

Die Stadtbürgerschaft fordert den Senat auf,

1. die pünktliche und korrekte Bezahlung von Tagespflegepersonen, die ihre Entgelte von der wirtschaftlichen Jugendhilfe des Amtes für Soziale Dienste erhalten, in allen Stadtteilen Bremens unverzüglich sicherzustellen.
2. das Abrechnungssystem für Tagespflegepersonen bis zu Beginn des neuen Kindergartenjahres zum 1. August 2013 zu vereinfachen und die Änderungen so umzusetzen, dass eine Problemverlagerung zu Pflegekinder in Bremen (PiB) ausgeschlossen ist.

Sandra Ahrens, Heiko Strohmann,
Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU